

**Konjunktur/Parteien/CDU/  
(Feiertagszusammenfassung 1615)  
Althaus: Renaissance der sozialen Marktwirtschaft =**

Erfurt (dpa) - Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) sieht den Staat in der Pflicht, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise einzudämmen. Ursachen der Krise seien hemmungsloses Gewinnstreben und ein offensichtlich unzureichender Ordnungsrahmen, erklärte Althaus am Mittwoch auf einer Tagung der CDU-Wirtschaftsräte von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt in Erfurt. Der Staat müsse gegensteuern, damit sich Verfehlungen nicht wiederholten. «Die Lehre aus der Wirtschaftskrise heißt: Renaissance der sozialen Marktwirtschaft», sagte Althaus. Die CDU-Wirtschaftsräte der drei Bundesländer plädierten für eine Steuerreform «für die Zeit nach der Krise».

«Eine Rückbesinnung auf die Prinzipien des ehrbaren Kaufmanns tut uns gut», sagte der Landesvorsitzende des Wirtschaftsrats von Sachsen-Anhalt, Enno v. Katte. Mittelfristig müsse zudem erreicht werden, dass mehr vom Gewinn in den Unternehmen bleibe und «die Einkommen von Arbeitnehmern weniger mit Steuern und Abgaben belegt werden», sagte er. Die sächsische Landesvorsitzende Simone Hartmann forderte, dass der Staat effizienter mit Steuergeldern umgeht. Es könne beispielsweise nicht sein, dass eine Schule geschlossen wird, aber wenige Kilometer entfernt eine neue gebaut werde, sagte Hartmann .

Der **Wirtschaftsrat** plädierte in Erfurt für ein Investitionsfördergesetz nach dem Vorbild von Regelungen in den neuen Ländern, mit denen nach der Wiedervereinigung beispielsweise Investitionen in neue Autobahnen beschleunigt wurden. Zugunsten zügiger Investitionen müssten bürokratische Hürden gesenkt werden.

Der **Wirtschaftsrat** der CDU versteht sich nach Angaben des Thüringer Landesvorsitzenden Heinz-Jürgen Kronberg als «Brücke zwischen Wirtschaft und Politik.» Ihm gehören in den drei Ländern mehr als 1000 Menschen an, die größtenteils auch CDU-Mitglieder sind.

[Tagungsort]: Messe Erfurt, 99084 Erfurt